

Uwe Afemann

Es bleibt noch viel zu tun

Die Wahlen zur Internetregierung ICANN sind zwar ein erster Versuch, das Internet demokratisch zu verwalten – von einer demokratischen Institution und einer gerechten Repräsentanz der Menschen weltweit kann jedoch bei weitem noch nicht die Rede sein. Insbesondere die Interessen der Entwicklungsländer und damit der Mehrheit der Weltbevölkerung sind nicht ausreichend vertreten. Die Aufgaben von ICANN scheinen auf den ersten Blick rein technischer Natur zu sein. Auf den zweiten Blick geht es dabei aber um die Frage, wie Nutzer, Wirtschaft und Regierungen auf das kostbare Gut Kommunikation zugreifen können. Allein die Zuordnung von IP-Nummern zu Domainnamen, also den Registriernummern von Computern zu den Internet-Adressendungen (.org oder .com), impliziert politische und wirtschaftliche Aspekte. Deshalb hatten die Wahlen im Herbst letzten Jahres auch politische Bedeutung. Zur Zeit besteht das ICANN-Direktorium aus 19 Mitgliedern, wovon eines zum Präsidenten gewählt wird. Je drei Mitglieder kommen aus den drei Abteilungen der so genannten "Supporting Organizations": Die "Address Supporting Organization" (ASO), die zuständig für die Verteilung der IP-Nummern an Computer ist, die "Protocol Supporting Organization" (PSO), die sich mit dem Internet-Protokoll beschäftigt, und schließlich die "Domain Name Supporting Organization" (DNSO), die sich mit der Namenszuordnung zu den IP-Nummern befasst. Die Vertreter der "Supporting Organizations" stammen überwiegend von der nördlichen Erdhalbkugel und haben beinahe nichts mit den Entwicklungsländern zu tun.

Von den übrigen neun Mitgliedern wurden nun erstmals fünf per Internet gewählt. Wahlberechtigt waren diejenigen, die sich über eine Web-Schnittstelle eingeschrieben und per Briefpost die zur Wahl berechtigende PIN-Nummer erhalten hatten. Doch die Planung ging von westlichen Standards aus: Ein Großteil der potenziellen Wähler konnte allein deshalb nicht wählen, da sie keinen eigenen Web-Zugang besaßen – Internetzugang heißt in der Dritten Welt meist nur E-Mail-Zugang, und ein Wahlverfahren per E-Mail hatten die Organisatoren nicht vorgesehen. Die wenigen Glücklichen aus Entwicklungsländern, die diese erste Hürde nehmen konnten, erreichte dann auf Grund der schlechten Postanbindung aber der Brief mit der PIN-Nummer nicht. Bereits vor den Wahlen hatte das "Civil Society Forum" in seiner "Yokohama-Erklärung" vom Juni 2000 bezüglich der "Rolle der Zivilgesellschaft und die ICANN-Wahlen" eben diesen Umstand kritisiert und – allerdings erfolglos – gefordert, den Zugang zu einer ICANN-Mitgliedschaft nur über E-Mail zu gewährleisten.

Mitte August letzten Jahres hatten sich 158.593 Internetnutzer als Mitglieder einschreiben lassen, aber nur 29.257 hatten ihre Mitgliedschaft auch aktiviert. Dies waren gerade einmal etwas mehr als 18 Prozent der potenziellen Wähler. Nur die Regionen Nordamerika und Europa hatten mit rund 27 Prozent einen akzeptablen Anteil aktivierter Mitgliedschaften. Die Teilnahme afrikanischer Wähler hingegen war alles andere als repräsentativ: Von 800 Millionen Afrikanern, von denen etwa 3 Millionen das Internet nutzen, konnten ganze 130 Wähler teilnehmen. Betrachtet man den Ausgang der Wahlen, so kann man sicher nicht davon sprechen, dass die Interessen der Entwicklungsländer in Zukunft eine besondere Berücksichtigung finden werden. Eine zusätzliche Problematik ergibt sich dadurch, dass ICANN eine Organisation nach kalifornischem Recht ist und unter starkem Einfluss der Regierung der Vereinigten Staaten steht.

Zu fragen ist, ob nicht vielleicht die "Internationale Telekommunikations-Union" (ITU) mit ihren

187 Mitgliedsländern eine repräsentativere Struktur für die Aufgaben der ICANN bieten könnte. Seit Ende der fünfziger und dann verstärkt seit den sechziger Jahren sind auch die Entwicklungsländer in dieser Organisation vertreten. Eine Anbindung der ICANN an die ITU hätte auch den Vorteil größerer Repräsentanz, da so die geographische Konzentration der Internetcafés oder sonstiger Zugänge zum Netz, die momentan die wirtschaftlich schwachen Regionen benachteiligt und die Dominanz der Industrienationen fördert, umgangen werden könnte.

Ein weiterer Vorteil der Anbindung an die ITU wäre auch, dass dadurch den Angestellten ein Gehalt gezahlt werden könnte, denn die ITU verfügt über einen entsprechenden Etat. Bei der derzeitigen Form der ICANN werden den Direktoren nur die Reise- und Hotelkosten erstattet, alles andere müssen die Vertreter aus eigener Tasche bezahlen – gerade für Vertreter aus den einkommensschwachen Regionen ein weiteres wirtschaftliches Hindernis. Zwangsläufig haben die Vertreter der großen IT-Firmen aus den Industrienationen bei ICANN die Nase vorn.

Was ist ICANN? Seit September 2000 regelt ICANN (Internet Corporation for Assigned Names and Numbers) die weltweite Vergabe von Internetadressen. Ihren Sitz hat die private Internetorganisation in Kalifornien. ICANNs technische Entscheidungen sind ins Spannungsfeld politischer, wirtschaftlicher und kultureller Interessen geraten. Wird sie ihrem Anspruch, die weltweite Netzgemeinde demokratisch zu vertreten, gerecht?